

Kairos Europa - Globalisierung

Offener Brief an die Gemeinden und Leitungen der Mitgliedskirchen der ACK

Liebe Brüder und Schwestern,

auf Initiative von Kairos Europa, einem ökumenischen Basisnetzwerk im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, trafen wir uns als Glieder der Kirchen in Deutschland vom 23. bis 25. April in Frankfurt/M. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand der ökumenische Prozess für gerechte Globalisierung. Zu diesem rufen schon seit 1997/1998 der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) sowie der Reformierte und der Lutherische Weltbund (RWB und LWB) ihre Mitgliedskirchen auf. Hintergrund ist die Globalisierung der Wirtschaft nach neoliberalerem Muster, die weltweit der Verarmung und Verelendung von immer mehr Menschen Vorschub leistet, während eine Minderheit von Menschen Reichtum in unvorstellbaren Dimensionen anhäufen kann. Dadurch werden nicht nur die Gesellschaften, sondern auch der Leib Christi gespalten. Weitere Konsequenzen sind die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Verursachung von Gewalt und Krieg.

Inzwischen ist der ökumenische Prozess vorangeschritten. In allen Kontinenten wie auch auf weltweiter Ebene fanden wichtige Versammlungen statt. Die *Konsultation westeuropäischer Kirchen*, die im Juni 2002 in Soesterberg/Niederlande stattfand, schrieb in ihrem Brief: „Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen.“ Die *Generalsekretäre von ÖRK, RWB, LWB* und der Konferenz Europäischer Kirchen (*KEK*) baten schon im September 2002 die Kirchen in Westeuropa, „sich auf die Debatten in den Vollversammlungen vorzubereiten, indem sie auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise antworten – sowohl durch breite Diskussionsprozesse wie auch durch Entscheidungen in den zuständigen Gremien“.

Wir wissen, dass in manchen Gremien inzwischen an diesen Fragen gearbeitet wird. Wir bitten die Kirchenleitungen aber dringlich, überall dort, wo dies noch nicht der Fall ist, die Auseinandersetzung mit der Globalisierung in die Wege zu leiten und vor allem auch die Gemeinden über diesen ökumenischen Prozess umfassend zu informieren und sie an diesen für Kirche und Gesellschaft lebenswichtigen Fragen – auch zur Vorbereitung auf die Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre – teilnehmen zu lassen. Schließlich geht es bei diesen Fragen nicht nur um das Nord-Süd-Verhältnis. Inzwischen sind auch die Menschen in unserem Land massiv betroffen, da unter Verweis auf die vermeintlichen Zwänge der Globalisierung der Sozialabbau vorangetrieben, die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter geöffnet und zudem die ökologische Erneuerung verhindert wird. Das steht im eklatanten Widerspruch zur biblischen „Ökonomie des Genug für alle“ (vgl. z.B. Exodus 16) und zu Gottes Option für die Armen, der Kirchen verpflichtet sind. Zur Durchsetzung einer Wirtschaft im Dienst des Lebens aller schlagen wir bereits jetzt *folgende praktische Schritte* vor:

I. Wir bitten die ACK dringend, auf deutscher und europäischer Ebene einen breiten Konsultationsprozess auf biblischer Grundlage zur Lebensfrage der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einzuleiten, um alle Ebenen der Kirchen an der Vorbereitung der für 2007 geplanten 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung im konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zu beteiligen.

II. Die Kirchenleitungen rufen wir auf, klar und eindeutig gegen folgende durch die neoliberale Globalisierung forcierte Missstände Stellung zu beziehen:

1. Die Maßnahmen der westlichen Industrieländer, die Privatisierung der Dienstleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerungen (Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Transport) voranzutreiben, müssen unbedingt verhindert bzw. rückgängig gemacht werden. Vor allem Wasser darf nicht zur Ware gemacht werden, denn es ist eine allen gegebene, lebensnotwendige Gabe des Schöpfers – der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Die Privatisierung führt dazu, dass nur noch Kaufkräftige in der Lage sind, diese für das Leben der Menschen grundlegenden Dienstleistungen in hinreichender Qualität in Anspruch zu nehmen. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend auf, unserer Regierung und Opposition öffentlich und unzweideutig im

Bündnis mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu erklären, dass diese sensiblen Bereiche aus den Verhandlungen zu GATS (Allgemeines Abkommen zu handelsbezogenen Dienstleistungen) in der Welthandelsorganisation (WTO) und aus den Liberalisierungsabschnitten im EU-Verfassungsentwurf herausgenommen werden müssen.

2. Die Parteien in Deutschland überbieten sich in ihren Steuer„reformen“ – im Widerspruch zur im Grundgesetz (Art. 14.2) vorgeschriebenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums –, Besserverdienende, Vermögende und Unternehmen steuerlich zu entlasten. Auch lassen sich die Regierungen erpressen, nicht wirksam gemeinsam gegen Steuervermeidung und -flucht vorzugehen. Folge ist die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und daraus abgeleiteter Sozialabbau. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend dazu auf, öffentlich und unzweideutig für eine höhere, verfassungsgemäße

Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen einzutreten; außerdem für eine Einbeziehung aller Einkommensarten, inklusive Kapitaleinkommen, in die solidarischen Sicherungssysteme, um eine Bürgerversicherung für alle Menschen finanzierbar zu machen.

3. Auf dem Hintergrund der Massenerwerbslosigkeit ist es unverantwortlich, die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verlängern. Stattdessen bedarf es einer Umverteilung der verfügbaren Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Deshalb fordern wir die Kirchenleitungen dringend dazu auf, hierfür einzutreten und zudem in Kirche, Diakonie und Caritas der Versuchung zu widerstehen, sich mit der Auslagerung (Outsourcing) von Diensten dem Trend zu nicht existenzsichernder Billiglohnarbeit anzupassen, worunter allem voran Frauen zu leiden haben.

III. Wir selbst verpflichten uns und laden die Gemeinden und Kirchen dazu ein, zu beginnen oder zu verstärken, was schon an Alternativen möglich ist, und so lebensfähige und Freude bereitende Gemeinschaften im Gegensatz zum Konkurrenzindividualismus zu bauen, so z.B.:

1. beim *Konsum* auf ökologische, sozialverträgliche und fair gehandelte Produkte zu achten und alternative Energien zu nutzen, insbesondere auch in kirchlichen Einrichtungen sowie beim kirchlichen Beschaffungswesen;

2. im Umgang mit *Geld* nur ökologisch und sozial verantwortliche Geldanlagen zu tätigen (z.B. bei Oikocredit und alternativen Banken bzw. Fonds) sowie Tauschringe und Regionalwährungen in Gemeinden und Kommunen zu fördern.

Mit diesem offenen Brief möchten wir Kirchenleitungen und Gemeinden dazu einladen, den ökumenischen Prozess und somit die Auseinandersetzung mit der Globalisierung in den deutschen Landes- und Freikirchen auf eine breitere Basis zu stellen und zu intensivieren, damit es noch vor der Versammlung des ÖRK in Porto Alegre zu Entscheidungen in den zuständigen Gremien auf allen Ebenen kommen kann. Da alle Menschen, gleich welchen Glaubens, von der Globalisierung und ihren Folgen betroffen sind, und da der vorgeschlagene Konsultationsprozess zur Vorbereitung der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung gesamtökumenisch erfolgen muss, bitten wir die römisch-katholischen Kirchenleitungen und Laiengremien, diesen Prozess schon jetzt mitzugestalten und mitzutragen.

In der Hoffnung auf viele neue Kooperationspartner im ökumenischen Prozess grüßen wir im gemeinsamen Glauben an Jesus Christus, der seinen Einsatz für die Armen, Unterdrückten und Ausgeschlossenen im Konflikt mit dem Römischen Imperium und den Reichen seiner Zeit mit dem Leben bezahlt und der uns durch seine Auferstehung die Hoffnung auf ein Leben in Fülle geschenkt hat.

*Die Teilnehmenden der bundesweiten Konferenz im ökumenischen Prozess
„Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“, Frankfurt/M., 23.-25. April 2004*